



# Die Invasion

Mit uns Prag begegnen! Prag und das Jahr 1968

**Ab Juli 1968 wurde immer deutlicher, dass für den tschechoslowakischen Reformversuch internationale Zusammenhänge eine große Bedeutung hatten und wie sehr die innenpolitische Situation unter dem Einfluss der Meinungen von Staatsmännern aus den Ländern des Warschauer Paktes stand. Eine von Moskau initiierte militärische Aggression gegen die Tschechoslowakei war nun nicht mehr nur ein potentiell Szenario, sondern eine reale Bedrohung, falls die Führung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPČ) mit Alexander Dubček an der Spitze nicht bereit sein sollte, die von den sowjetischen Führern gestellten Bedingungen zu erfüllen und den Reformprozess (bzw. aus ihrer Sicht den konterrevolutionären Prozess) eigenhändig zu beenden.**

In der Nacht vom 20. auf den 21. August wurden diese Befürchtungen wahr. Etwa 300 000 Soldaten des Warschauer Paktes drangen in die Tschechoslowakei ein und bald war ihre Zahl auf eine halbe Million angewachsen. Diese Aktion sollte parallel mit der bereits vorbereiteten Machtübernahme durch die konservativen Kräfte in der tschechoslowakischen Führung ablaufen. Die Putschisten, Vasil Biľak, Drahomír Kolder, Alois Indra u.a. waren bei der Ausführung der Aufgaben, die Moskau ihnen aufgetragen hatte, jedoch nicht erfolgreich. Dubčeks reformorientierte Gruppe verhinderte einen Machtwechsel und verurteilte in einer Erklärung des Präsidiums des Zentralkomitees der KPČ die Invasion als einen Akt, der nicht nur den Grundprinzipien für Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten zuwider laufe, sondern auch den Normen des internationalen Rechts. Sie nannten der schockierten Öffentlichkeit aber keine Alternativen, keine Vorschläge, wie nun vorzugehen sei, nicht einmal eine blasse Andeutung für eine Handlungsmöglichkeit, sondern nahmen diesen Akt nur passiv hin. Noch in den Vormittagsstunden des 21. Augusts wurde Alexander Dubček festgesetzt und mit ihm auch Oldřich Černík, Josef Smrkovský, Josef Špaček, František Kriegel und Bohumil Šimon.

In der tschechoslowakischen Gesellschaft traf die Invasion auf entschiedene Ablehnung. Die Bevölkerung forderte kompromisslos den Abzug der Okkupationsarmeen und die Rückkehr der internierten Politiker. Sie war entschlossen, über eine Kapitulation oder eine Kollaboration mit den Besatzern gar nicht erst nachzudenken. Das hatte zur Folge, dass die militärisch erfolgreiche Invasion ihre politischen Ziele verfehlte. Die tschechoslowakischen Bürger bezahlten ihren Preis dafür: in kurzer Zeit starben über siebzig Bürger und einige Hundert wurden schwer verletzt. Eine wichtige Rolle in diesem spontanen Widerstand der Bevölkerung spielten die Medien – trotz der schwierigen Bedingungen, als viele Redaktionen, Druckereien, Fernseh- und Hörfunkstudios besetzt waren, funktionierten sie weiterhin und gaben Orientierung in den Bewegungen auf der Straße, konnten den einheitlichen Widerstandsgeist aufrecht erhalten und darauf hinwirken, dass der Widerstand nicht in ein Blutbad umschlug. Es war die Leistung von Sonderausgaben der Zeitungen und Zeitschriften, vielen Flugblättern und vor allem des Rundfunks.

Ab dem 21. August tagte ununterbrochen die Nationalversammlung und protestierte gegen die Besetzung der Tschechoslowa-

kei. Einen klar ablehnenden Standpunkt nahm auch der Torso der tschechoslowakischen Regierung ein. Nicht ganz so eindeutig war die Situation in der Führung der KPČ. Der restliche Teil des Parteipräsidiums und einige Mitglieder des Zentralkomitees der KPČ zeigten eine besondere Bereitschaft, mit den Okkupanten zusammenzuarbeiten und die Intervention der „Bruderstaaten“ mit der Entstehung einer von außen gesteuerten revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung zu legalisieren. Schnell gerieten sie damit ins Abseits der tschechoslowakischen Gesellschaft und ihrer Partei, wo ebenfalls die Mehrheit „gegen den beispiellosen Bruch des sozialistischen Internationalismus“ protestierte und verlangte alles Notwendige zu tun, damit die legale Handlungsfähigkeit der tschechoslowakischen Führung wieder hergestellt würde und die Besatzungsarmeen sofort abzögen. Diese Mehrheit verwahrte sich dagegen, dass diejenigen, die die Sowjetarmee vermutlich in die Tschechoslowakei eingeladen hatten, in ihrem Namen das Wort führten.

Aufgefordert vom städtischen Ausschuss der KPČ in Prag kamen bereits am 21. August die Delegierten des Parteitag, der eigentlich erst Anfang September zusammentreten sollte, in die Hauptstadt und begannen am Tag danach im Prager Stadtteil Vysočany ihre Sitzung, die schließlich zum Parteitag wurde. Die Delegierten wählten neue Zentralorgane der KPČ und machten so die Entstehung einer Kollaborationsregierung unmöglich.

Nach den ersten zwei Tagen stand für die Besatzer eines fest – sie hatten die politischen Ziele der Aktion völlig verfehlt. Die Sowjets mussten improvisieren. Ein militärisches Okkupationsregime war in ihrem Szenario nicht vorgesehen gewesen und bei den gegebenen Machtverhältnissen und im Hinblick auf den zivilen Widerstand im besetzten Land und die internationalen Proteste, konnte diese Alternative kaum in Betracht gezogen werden. Daher wurden die tschechoslowakischen Politiker in die Verhandlungen einbezogen – diejenigen, die bereits am 21. August festgesetzt wurden (mit Ausnahme von František Kriegel, der jegliche Beteiligung ablehnte) sowie weitere, die freiwillig in zwei Etappen nach Moskau geflogen kamen. Die Verhandlungen in Moskau begannen am 23. August. Vier Tage lang verhandelten die sowjetischen Führer mit den tschechoslowakischen Politikern und gleichzeitig mit den Führungen der vier Invasionsländer und suchten eine Lösung. Am 26. August endeten die tschechoslowakisch-sowjetischen Verhandlungen mit der Unterzeichnung des Moskauer Protokolls. Die Führungsriege der

Tschechoslowakei kapitulierte vor dem sowjetischen Druck und ließ sich den ultimativen Vorschlag der Sowjetunion aufzwingen. Sie ging Kompromisse ein, die die Souveränität der Tschechoslowakei verletzen und eine Fortsetzung der Reformen des Prager Frühlings unmöglich machten. Das Moskauer Protokoll stand somit im eklatanten Widerspruch zu dem, was die tschechoslowakische Gesellschaft ausnahmslos erwartet hatte.

In den frühen Morgenstunden des 27. August kamen die Mitglieder der tschechoslowakischen Delegation in aller Stille in die Heimat zurück. Die ersten Nachrichten von den Ergebnissen der Moskauer Gespräche lösten in der Öffentlichkeit eine Welle der Empörung aus, weil sie als freiwillige Zustimmung zur Okkupation verstanden wurden. Auch das Kommuniqué, mit dem sich die tschechoslowakischen Partei- und Staatsführer an die Öffentlichkeit wandten, konnte die Wogen nicht glätten. Es war voll von den üblichen Phrasen und war nicht das, was die Gesellschaft hören wollte. Weder war vom Rückzug der Okkupationseinheiten die Rede noch von der Gültigkeit des XIV. Parteitags der KPČ. Der Text des Kommuniqués enthielt keine Bekräftigung, dass die Reformpolitik fortgesetzt werden würde und ließ zu sehr durchblicken, dass er nicht Ausdruck des freien Willens der tschechoslowakischen Repräsentanten war.

Die Situation änderte sich erst mit einer Rede von Alexander Dubček. Er versicherte seinen Zuhörern, dass die Führung der Tschechoslowakei alles dafür tun werde, um Raum, Weg und Mittel zu finden, wie eine Politik entwickelt und verwirklicht werden könne, die schließlich zu einer Normalisierung der Verhältnisse führen werde. Obwohl er sehr unbestimmt über diese Politik sprach, gelang es ihm, die Gesellschaft hinter sich zu bringen, die genauso wie ihre Führung daran glauben wollte, dass es einen solchen „Raum“ gibt und dass die Reformen weiter gehen werden, auch wenn dafür gewisse Kompromisse eingegangen werden müssen. Damit war die Akzeptanz des Moskauer Protokolls in die Wege geleitet, so dass in der Folge die ganze Gesellschaft die neue Realität anerkennen würde.

Auch andere Politiker trugen dazu bei. Alle bemühten sich, das Moskauer Protokoll als einen gewissen, nicht eindeutigen Kompromiss zu präsentieren. So etwa Josef Smrkovský, der am Vormittag des 27. August der Nationalversammlung versicher-

te, dass die „alliierten“ Armeen sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Tschechoslowakei einmischen und in mehreren Etappen das Land ganz verlassen werden, dass die KPČ ihre Politik, die sie seit Januar 1968 betreibt, fortsetzen werde und dass daran auch bestimmte Einschränkungen der Meinungsfreiheit oder Maßnahmen gegen die illegale Tätigkeit von Organisationen wie K 231 (Klub ehemaliger politischer Gefangener) oder KAN (Klub engagierter Parteiloser) nichts ändern werden.

Das heikelste Problem, das die Spitzen der tschechoslowakischen Führung zu lösen hatten, war die Frage des KPČ-Parteitags von Vysočany. In Moskau hatten sie sich verpflichtet, ihm nachträglich die Legitimität abzusprechen. In der Slowakei machte sich auf dem Parteitag der KPS Gustav Husák dafür stark, indem er die Okkupation als „tragisches Missverständnis“ bagatellierte. Auch in Prag gelang es nach zähen Verhandlungen, dass die Mehrheit des in Vysočany gewählten Zentralkomitees der KPČ sich an die Unterschrift ihrer Parteiführer unter das Moskauer Protokoll gebunden fühlte und die darin enthaltenen Verpflichtungen einging. Auf einer kurzen Sitzung am 28. August stimmten die Mitglieder der Beendigung ihrer Tätigkeit zu. Sie entschieden sich dafür aufgrund einiger Zusagen, die aber im Widerspruch zum Willen der sowjetischen Führung standen, so dass letztlich keine einzige von ihnen erfüllt wurde.

Der moralische Sieg über den Aggressor und die politische Niederlage der Invasion der Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei waren Chancen, die schließlich verspielt wurden. Mit der Niederschlagung des Prager Frühlings endete definitiv eine Etappe der reformkommunistischen Entwicklungen. Die Niederlage des Reformkommunismus zeigte die Unvereinbarkeit eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ mit dem real existierenden Sozialismus. In einer vergeblichen Salami-Taktik, die nach der Unterzeichnung des Moskauer Protokolls folgte, kehrte die KPČ und schrittweise die ganze Gesellschaft zurück in eine Zeit vor Januar 1968. Es begann die mehr als zwanzig Jahre dauernde Zeit der Normalisierung.

*Jitka VONDROVÁ,  
Institut für Zeitgeschichte der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik (Ústav pro soudobé dějiny AV ČR, v. v. i.)*



**Od července 1968 bylo stále evidentnější, jaký význam mají mezinárodní aspekty pro československý reformní pokus a nakolik vnitropolitickou situaci ovlivňují názory představitelů těch států, s nimiž Československo tvořilo politicko-vojenský svazek Varšavské smlouvy. Vojenská agrese proti Československu, iniciovaná Moskvou, se již nejevila jako vzdálená eventualita, ale jako reálná hrozba v případě, že by vedení KSČ v čele s Alexandrem Dubčekem neprojevilo vůli splnit požadavky předložené sovětskými vůdci a neukončilo reformní (či z jejich pohledu kontrarevoluční) proces vlastníma rukama.**

V noci z 20. na 21. srpna se tato hrozba naplnila. Do Československa vtrhlo zhruba 300 000 vojáků Varšavské smlouvy a jejich počet se brzy zvýšil na půl miliónu. Akce byla koordinována s připravovaným převzetím moci ve prospěch konzervativních sil v československém vedení. Pučisté, jako byl Vasil Biľak, Drahomír Kolder, Alois Indra aj., však nedokázali splnit úkoly, jimiž je Moskva pověřila. Dubčekova proreformní část zabránila mocenskému zvratu a v prohlášení předsednictva ÚV KSČ odsoudila invazi jako akt odporující nejen základním zásadám vztahů mezi socialistickými státy, ale i základním normám mezinárodního práva. Nenabídla však šokované veřejnosti žádnou alternativu, jak postupovat, ani náznak pokynů k možnému jednání, ale pouze pasivně tento akt přijala. Ještě v dopoledních hodinách 21. srpna byl Alexander Dubček internován a spolu s ním také Oldřich Černík, Josef Smrkovský, Josef Špaček, František Kriegel a Bohumil Šimon.

Československá společnost přijala invazi s jednoznačným neshlasem. Nekompromisně požadovala jedině – odchod okupačních vojsk a návrat internovaných politiků. Odmítala být jen na chvíli uvažovat o své kapitulaci a kolaboraci s interventy. Zasloužila se tak o to, že invaze, jež byla po vojenské stránce úspěšnou akcí, nesplnila své politické cíle. Českoslovenští občané za to zaplatili nemalou cenu – v krátkém období jich zemřelo přes sedmdesát a několik set jich bylo těžce zraněno. Výraznou roli v tomto spontánním celonárodním odporu sehrály sdělovací prostředky – i přes nesnadné podmínky, kdy mnohé redakce, tiskárny, televizní a rozhlasová studia byly obsazeny, dokázaly fungovat a orientovat pohyb dole, udržovat jednotného ducha vzdoru i působit tak, aby odpor nepřerostl v krveprolití. Zasloužily se o to mimořádná vydání novin a časopisů, četné letáky a především rozhlasové vysílání.

Od 21. srpna zasedalo nepřetržitě Národní shromáždění a protestovalo proti okupaci Československa. Jasně odmítavé stanovisko zaujalo i torzo československé vlády. Ne tak jednoznačná byla situace ve vedení KSČ. Zbývající část předsednictva i někteří členové ÚV KSČ projevovali až přílišnou připravenost spolupracovat s okupanty a legalizovat intervenci “pětky” vznikem loutkové revoluční dělnicko-rolnické vlády. Rychle se tak vzdalovali od československé společnosti i většiny svých straníků – i oni protestovali “proti tomuto bezpříkladnému porušení socialistického internacionalismu” a požadovali činit vše pro to, aby se umožnila legální činnost československého vedení a okupační vojska se okamžitě stáhla. Odmítali, aby za ně mluvili ti, kteří do Československa údajně pozvali sovětská vojska.

Na výzvu městského výboru KSČ v Praze se do hlavního města republiky začali již od 21. srpna sjíždět delegáti stranického sjezdu, svolaného původně na počátek září, a druhého dne zahájili v pražských Vysočanech poradou, jež se posléze proměnila ve stranický sjezd. Delegáti zvolili nové ústřední orgány KSČ, a tak znemožnili vznik kolaborantské vlády.

Po prvních dvou dnech mohli interveni jedině – konstatovat naprostý neúspěch při naplňování politických záměrů své akce. Sověti museli improvizovat. S vojenským okupačním režimem ve svém scénáři nepočítali a ani mocenské poměry a civilní odpor v okupované zemi, ani mezinárodní protesty nečinily tuto alternativu příhodnou. Proto do jednání zapojili československé politiky – ty, kteří byli internováni již 21. srpna (s výjimkou Františka Kriegla, jenž jakoukoli účast odmítl), a ty, kteří do Moskvy dobrovolně přiletěli ve dvou etapách. Rokování v Moskvě byla zahájena 23. srpna. Po čtyři dny jednali sovětské předáči s československými politiky a zároveň i s vedením čtyř intervenujících zemí a hledali východisko. 26. srpna československo-sovětská jednání skončila podpisem moskevského protokolu. Československé vedení kapitulovalo před sovětským tlakem a nechalo si vnutit sovětský ultimativní návrh. Přistoupilo na kompromisy, které narušovaly suverenitu Československa a pokračování v proreformní polednové cestě znemožnily. Moskevský protokol tak byl v naprostém rozporu s tím, co očekávala československá společnost bez rozdílu.

V časných ranních hodinách 27. srpna se do vlasti vrátili v naprosté tichosti členové československé delegace. První zprávy o závěrech moskevských rozhovorů vyvolávaly rozhořčení veřejnosti, jež je chápala jako dobrovolný souhlas s okupací. Neuklidnilo ji ani komuniké, s nímž se na ni obrátili českoslovenští předáči. Komuniké, plné obvyklých klišé, nebylo tím, co společnost chtěla slyšet. Nehovořilo se v něm ani o stažení okupačních jednotek, ani o platnosti XIV. sjezdu KSČ, komuniké nepotvrzovalo pokračování v reformní politice a dávalo až příliš najevo, že nebylo projevem svobodné vůle československých představitelů.

K obratu vedl až projev Alexandra Dubčeka. Řečník v něm ujišťoval posluchače, že československé vedení učiní vše pro to, aby našlo prostor, cesty a prostředky, jak rozvinout a uskutěčňovat politiku, která nakonec povede k normalizaci poměrů. Přestože o této politice mluvil velmi neurčitě, podařilo se mu přesvědčit společnost, která chtěla věřit spolu se svými vůdci v existenci “prostoru”, v to, že reforma bude pokračovat, i když

bude spojena s určitými kompromisy. Půda pro přijetí moskevského protokolu, pro to, aby celá společnost uznala novou realitu, byla připravena.

Přispěli k tomu i další politici. Všichni se snažili prezentovat moskevský protokol jako nejednoznačný, ale přece jen určitý kompromis. Činil tak Josef Smrkovský, jenž v dopoledních hodinách 27. srpna ujišťoval Národní shromáždění, že se “spojenecká” vojska nebudou vměšovat do vnitřních záležitostí Československa a v několika etapách úplně odejdou, že KSČ bude pokračovat v politice, kterou nastoupila po lednu – na tom neměla nic změnit ani připravovaná určitá omezení svobody slova a opatření proti činnosti nelegálních organizací typu K 231, KAN aj.

Nejožehavějším problémem, který museli českoslovenští předáci řešit, byla otázka vysočanského sjezdu KSČ. V Moskvě se zavázali, že nebude uznán jako legální. Na Slovensku se o to na sjezdu KSS zasadil Gustáv Husák, bagatelizující okupaci jako “tragické nedorozumění”. I v Praze se po dlouhých jednáních

podařilo dosáhnout toho, že se většina vysočanského ÚV KSČ cítila vázána podpisy svých vůdců pod moskevským protokolem a převzala závazky v něm obsažené. Na krátkém zasedání 28. srpna souhlasili jeho členové s ukončením činnosti. Rozhodli se tak na základě několika příslibů, které však byly v rozporu s vůlí sovětského vedení, a proto se žádný z nich nesplnil.

Morální vítězství nad agresorem, politická porážka invaze vojsk Varšavské smlouvy proti Československu byly promarněny. Potlačení Pražského jara definitivně skončila jedna etapa ve vývoji reformních komunistických hnutí. Porážka reformního komunismu ukázala neslučitelnost “socialismu s lidskou tvář” s historicky reálným socialismem. V marné salámové taktice, která následovala po přijetí moskevského protokolu, se KSČ i celá společnost postupně, krok za krokem, vracely zpět před leden 1968. Začalo více než dvacet let normalizace.

*Jitka VONDROVÁ,  
Ústav pro soudobé dějiny AV ČR, v. v. i.*